

Den Stimmzettel zur Hand!

Am 2. Juni 1918 findet eine eidgenössische Volksabstimmung statt, die als eine der wichtigsten Abstimmungen seit

Jahrzehnten gelten kann. Es handelt sich um die Frage der direkten Bundessteuer. Die ganze grosse Bedeutung dieser Frage lässt sich im engen Rahmen eines Gewerkschaftsblattes nicht darlegen, aber einige der wichtigsten Gesichtspunkte, die sich hier zeigen, wollen wir kurz beleuchten, hoffend, dass dann jeder Stimmberechtigte aus dem Proletariat an der Abstimmung teilnimmt, um mit den eigenen Interessen diejenigen der Allgemeinheit wahren zu helfen.

Die Eidgenossenschaft hat bisher ihre Finanzbedürfnisse auf eine so verkehrte Art befriedigt, dass schliesslich die bösen Folgen dieser Politik fühlbar werden mussten. Der Staatshaushalt wurde fast allein aus den Zolleinnahmen bestritten. Schon vor dem Krieg wurde die Unzulänglichkeit, ja Schädlichkeit dieser einseitigen Finanzwirtschaft lebhaft konstatiert und ihre Beseitigung gefordert. Während von sozialistischer Seite auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, das System von Grund auf zu ändern durch Schaffung einer grossen direkten Einnahmequelle, wollte man auf bürgerlicher Seite das finanzielle Heil in der Öffnung einiger weiterer Steuerquellen suchen. Die Zolleinnahmen sollten nach wie vor die Grundlage der eidgenössischen Finanzwirtschaft bleiben.

Der Krieg hat dann schon durch die ersten grossen Anforderungen an die Bundeskasse, namentlich aber durch die lange andauernde Inanspruchnahme der Staatsfinanzen eine tiefere Finanzreform zum unabweislichen Gebot gemacht. Anfänglich rechnete man mit einer Schuldenlast von einigen hundert Millionen Franken, die durch die ein-, höchstens zweimalige Kriegssteuer, sowie durch die Erhöhung der Bundeseinnahmen um einige dreissig Millionen Franken amortisiert und verzinst werden könnte. Es gab einflussreiche Kreise, die sich mit der Ansicht über die Schuldenfrage hinwegsetzten, die Zollerträge könnten ohne Schwierigkeiten noch so gesteigert werden, dass 60 Millionen Mehreinnahmen erzielt würden, womit sich alles spielend leicht und angenehm erfüllen liesse, was die Finanzlage erheischen müsse. Auch von der Besteuerung einzelner Genussmittel wie des Tabaks und des Biers, wurde gesprochen.

Die bürgerliche Steuerpolitik lief auf eine Art Taschendiebstahl hinaus, wobei denen am meisten genommen werden sollte, die am wenigsten oder, richtig gesagt, nichts besitzen.

Die Sozialdemokratie hat diese Methode des Diebstahls an den Besitzlosen von jeher bekämpft. Heute ist sie daran, eine neue Besteuerung zu fordern, eine Besteuerung, die an den unteren Volksschichten vorübergeht, dafür aber die Bessergestellten und Reichen zu gerechten Leistungen heranziehen will. Durch ein Volksbegehren, dem mehr als 100000 Bürger ihre Unterschrift gaben, wird die direkte Besteuerung auf dem Gebiet des Bundes zu verwirklichen gesucht. Wer nicht mehr als 5'000 Franken Einkommen und nicht mehr als 20'000 Franken Vermögen besitzt, soll von der Bundessteuer nicht betroffen werden. Der Sinn der Initiative heisst also : Der Staat erhebt eine Steuer von denjenigen, die in der Lage sind, sie zu bezahlen, ohne dass sie darunter leiden müssen.

Am 2. Juni kommt es also zum Volksentscheid. Wo im Bürgertum noch etwas Gerechtigkeitssinn und Einsicht walten, bringt man der sozialdemokratischen Initiative einige Sympathie entgegen. Wo diese Bürgertugenden aber fehlen, nimmt man Zuflucht zu billigen Ausreden wie derjenigen, die direkte Bundessteuer sei der Tod des kantonalen Steuerwesens, der kantonalen Selbständigkeit etc. In Wahrheit aber ist der Widerstand gegen die direkte Bundessteuer im Egoismus der Bessersituierten und der Reichen zu suchen, die sich von den Pflichten, die sie dem Staat schulden, drücken wollen. Dass dabei auch ein überreizter Föderalismus, ein anwiderndes Kantonesentum, die Hand im Spiel hat, macht die Gegnerschaft zur direkten Bundessteuer noch windiger.

In den unteren Volksschichten muss man sich den kargen täglichen Bissen schmälern durch das Aufgeld, das jeder auf die Waren zahlt, die mit Zöllen belegt sind. Wenn in Zukunft nicht nur die laufenden Ausgaben, von denen man wohl sagen darf, dass sie im Jahr um mindestens 100 Millionen höher sein werden als vor dem Krieg, sondern auch die Abzahlung der Schulden - sie erreichen schon die Riesensumme einer Milliarde - aus den Zöllen und anderen indirekten Steuern bezahlt werden müssten, so würde der kleine Mann buchstäblich ausgeplündert. Noch schmälere Bissen, noch ärmlichere Kleidung, noch weniger Lebensfreude wäre sein Los.

Überdies müssten die sozialen Aufgaben noch mehr vernachlässigt werden, ein Gedanke, der uns erschrecken muss, wenn wir den brennenden Wunsch haben, dass das so sehr geplagte Volk der Arbeit weitgehende Sicherungen für die Tage der Krankheit, der Arbeitsunfähigkeit etc. erhalten soll.

Die direkte Bundessteuer ist die Frage, die das schweizerische Staatsleben in jeder Hinsicht beeinflussen wird. Sie heisst Fortschritt, sie heisst Gesundung, sie heisst Schonung. Fortschritt wird sie bringen, indem sie die Demokratie stärkt. Gesundung wird sie schaffen, indem sie den Staat leistungsfähiger macht. Schonung wird sie üben, indem sie dem Ärmsten noch lässt, was er unmöglich entbehren kann.

Für diesen hohen Zweck werden die Strassenbahner mit Begeisterung zur Urne gehen und dort in voller Erkenntnis der Sachlage ein Ja abgeben.

Strassenbahner-Zeitung, 24.5.1918. Standort: Sozialarchiv.